
System

Wolfgang Merkel, Julian Brückner und Hans-Jürgen Wagener

1 Die Systemidee

Die moderne Systemtheorie wurde von dem Biologen und Philosophen Ludwig von Bertalanffy (1968) schon in den vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts ins Leben gerufen. Ein System ist ein vom Betrachter entworfenes Netz mit dem Zweck, Aspekte der Realität – in der Regel dynamische Prozesse – zu isolieren, zu charakterisieren und häufig auch zu kontrollieren. Es besteht aus mehreren konzeptuellen Objekten, die unterschiedliche Zustände aufweisen können, und einem Katalog von Interaktionen zwischen diesen Objekten, die angeben, wie sich die Zustände der konstitutiven Objekte entwickeln können. Ein Stein am Boden kann als System beschrieben werden. Damit isolieren wir Aspekte seiner Realität. Die Atome sind die konstitutiven Objekte, ihre Zustände werden von ihrer Position und ihren Quantenzuständen beschrieben, sie interagieren vor allem mittels elektrostatischer Anziehung und Abstoßung der nächsten Nachbarn.

Die Objekte eines Systems können wiederum als eigene Systeme aufgefasst werden: Atome bestehen aus Elektronen und Kernen, ein Kern besteht aus Protonen und Neutronen. Drei verschiedene Typen Interaktionen lassen sich unterscheiden: jene zwischen den Objekten des Systems, die explizit modelliert werden; jene zwischen dem System und seiner Umgebung, die häufig als Zufallsstörungen modelliert werden; und jene, die innerhalb der Objekte stattfinden und von denen abgesehen wird (das Objekt als Blackbox). Daraus ergibt sich die hohe Flexibilität des Systemansatzes: Die systemische Beschreibung eines Prozesses lässt sich leicht verfeinern, indem man ein Objekt durch ein Subsystem ersetzt, und sie kann erweitert werden, indem man aus der Umgebung zusätzliche Objekte integriert und ihre Interaktionen mit den bereits vorhandenen Objekten explizit modelliert.

Eine systemische Beschreibung eines Prozesses ist erfolgreich, wenn sie es uns erlaubt, den Prozess zu verstehen. Das ist operational zu definieren: Verstehen kann entweder bedeuten, die Eigenschaften des Prozesses vorherzusagen (z.B. das relative Gewicht des Steins oder seine Härte), oder den Prozess erfolgreich zu kontrollieren (eine Kokosnuss mit dem Stein zu öffnen) oder die Beschreibung mit dem vorhandenen Bestand weiterer systemischer Beschreibungen verbinden zu können (den Stein mit einem Eisblock vergleichen).

Emergente Eigenschaften eines Systems sind jene, die nicht mit seinen Objekten gegeben sind, sondern aus ihren Interaktionen resultieren und damit Eigenschaften des Systems als Ganzes bilden. Um das Gewicht eines Steins zu bestimmen, brauche ich nur Zahl und

Gewicht seiner Atome; ihre Interaktionen tun nichts zur Sache. Die Gestalt des Steins jedoch wird nicht von seinen konstitutiven Bestandteilen und ihren Interaktionen bestimmt. Sie ist vielmehr das *emergente* Resultat der Koevolution beider in Abhängigkeit von den Interaktionen des Systems Stein mit seiner Umgebung.

Die Differenz zur Umwelt grenzt ein System ab. Die Grenze zwischen System und Umwelt ist erst einmal eine begriffliche Konstruktion und empirisch in der Regel nur schwer zu bestimmen. Wenn schon für so reale Phänomene wie Steine und Pflanzen die räumlichen Grenzen unbestimmt sind, dann gilt das *a fortiori* für Ökosysteme oder Sozialsysteme. Vom Atom über die Zelle bis zur Gesellschaft lassen sich reale Phänomene und ihr Verhalten als System auffassen und nur als solches adäquat beschreiben.

Mit ihren jeweiligen Interaktionen können reale Phänomene offensichtlich gleichzeitig mehreren Systemen zugeordnet werden – je nach dem Aspekt, unter dem man sie betrachtet. Wir brauchen nicht die Mengentheorie zu bemühen, um zu sehen, dass sich konzeptuell unbegrenzt viele mögliche Systemmengen definieren lassen und es Teil-, Vereinigungs- und Schnittmengen gibt. Jedes soziale System beispielsweise ist Teil eines größeren Systems mit der Weltgesellschaft oder der menschlichen Zivilisation als Totalität. Wenn es zu den Eigenschaften eines komplexen Gesamtsystems gehört, dass Veränderungen eines einzelnen Bestandteils das Ganze nicht unbeeinflusst lassen (Bar-Yam 1997: 700ff.), dann hat die Weltgesellschaft im Lauf ihrer Entwicklung irgendwann dieses Stadium erreicht.

Komplexität ist die *raison d'être* der Systembildung. Wollte man Gesellschaft als Ganzes beschreiben, müsste man an der Vielzahl der Elemente und ihrer möglichen Beziehungen scheitern. Einzelne Teilsysteme haben sich quasi natürlich im Lauf der Entwicklung ausdifferenziert, das politische System, das Wirtschaftssystem, das System der öffentlichen Sicherheit, das Bildungssystem und so weiter. Andere ergeben sich aus dem konkreten Erkenntnisinteresse des Untersuchers. Systembildung führt also immer zur Reduktion der Komplexität realer Phänomene. Gleichzeitig ist sie aber auch eine Eigenschaft der jeweiligen Systeme: „complexity is the amount of information necessary to describe a system“ (ibid.: 703). Art und Zahl der Elemente und die Zahl ihrer möglichen Beziehungen sind dafür bestimmend (Bertalanffy 1968: 54). So ist es durchaus denkbar, dass ein System unterkomplex dargestellt wird, wodurch es seine heuristische Funktion verfehlt und in einem kybernetischen Kontext wahrscheinlich ineffizient wird.

Im Zusammenhang mit Transformation gewinnt der kybernetische Kontext Bedeutung, d.h. die Steuerbarkeit von Systemen. Sie findet offensichtlich in der Komplexität ihre Grenzen. Lineare Kausalverbindungen werden durch Rückkoppelungsprozesse (Regelkreise) hinfällig. Voll deterministische Systeme können auf minimalen Veränderungen in den Bedingungen mit tiefgreifenden Veränderungen in den Resultaten reagieren, wenn die Interaktionen in einem System z.B. nicht-lineare Zusammenhänge aufweisen. Das erschwert etwa eine Folgenabschätzung sozialtechnischer Maßnahmen und schränkt die Übertragbarkeit solcher Maßnahmen wesentlich ein. Wenn Komplexität darüber hinaus durch die Zahl der möglichen Beziehungen definiert ist, d.h. über die Kontingenz des Systems, dann tritt – zumal in einem multisystemaren Zusammenhang – ein hohes Maß an Erwartungsunsicherheit auf. Steuerung von politischem und sozialem Verhalten ist aufgrund seines Systemcharakters eine heikle Angelegenheit. Dennoch ist es genau dieses,

was in politischen Systemen über den Zusammenhang von Funktionen und Strukturen beabsichtigt ist, auch wenn es nicht immer die intendierten Ergebnisse und Gleichgewichte produziert.

2 Soziale und politische Systeme

Systemtheoretische Transformationsansätze (vgl. z.B. Parsons 1951; Easton 1965; Almond/Powell 1988; Luhmann 2000) erhellen insbesondere den Zusammenhang zwischen funktionalen Erfordernissen sozioökonomischer Systeme und der Herausbildung sozialer und politischer Strukturen, die diese Anforderungen erfüllen. Neben dem Herausarbeiten von Dysfunktionen, die zum Zusammenbruch etablierter (autokratischer) Herrschaftsordnungen führen, besteht ihr analytischer Mehrwert daher vor allem in der Identifizierung von sozioökonomischen sowie politisch-legitimierenden Möglichkeitsbedingungen, die das Überleben neuer (demokratischer) Systeme begünstigen. Der Begriff des politischen Systems, der den Kern systemtheoretischen Denkens darstellt, meint dabei die Gesamtheit der Strukturen (Institutionen) und Regeln (Verfahren), die politische und gesellschaftliche Akteure (Parteien, Verbände, Organisationen, Individuen) in regelgeleitete Interaktionen zueinander setzt, um die systemerhaltenden Funktionen zu erfüllen und in einem beständigen Kreislauf zu reproduzieren. Gelingt dies, erreichen politische Systeme einen Gleichgewichtszustand der ihren identitären funktionalen und strukturellen Kern sichert. Misslingt dies, kippen politische Systeme, transformieren sich und ändern ihren Charakter: Demokratien werden zu Autokratien und Autokratien zu Demokratien oder verharren als hybride Regime in einer dazwischen liegenden Grauzone.

Für die politikwissenschaftliche Transformationsforschung gewann der Systembegriff mit dem Kollaps der kommunistischen Regime Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre wieder verstärkt an Bedeutung (vgl. z.B. Sandschneider 1995; Welzel 1996). Zwar waren die Transformationsprozesse in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion ebenfalls vom Ziel der Etablierung pluralistischer Demokratien geprägt, ihre Ausgangssituation, das Ausmaß ihrer Probleme sowie der Umfang des gesellschaftlichen Wandels unterschieden sie jedoch deutlich von den bis dahin bekannten Fällen aus Südeuropa und Lateinamerika (vgl. Beyme 1994: 47ff.). Während sich die Transformation in letzteren praktisch ausschließlich auf das politische Regime beschränkte, mussten und müssen in Osteuropa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion neben den Zugangsregeln zu politischen Machtpositionen, der internen Organisation politischer Herrschaft sowie dem Verhältnis der Herrschaftsträger zu den Herrschaftsunterworfenen auch die wirtschaftlichen Strukturen und gesellschaftlichen Mentalitäten einem tiefgreifenden Wandel unterzogen werden. Für die Analyse dieser gleichzeitigen Transformationsprozesse erschien der Systembegriff ergiebiger.

Zum einen bezieht er sich auf ein höheres Aggregationsniveau als die Begriffe Staat (Herrschaftsordnung) und Regime (Herrschaftsform) und ermöglicht deshalb, die komplexen Interdependenzen der Transformationsprozesse politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Teilsysteme zu erfassen. Zum anderen ist er aber auch spezifischer, weil er

sich genauso auf jede einzelne funktional abgrenzbare Sphäre der Gesellschaft (Politik, Wirtschaft, Recht, Kultur etc.) anwenden lässt. Der Systembegriff birgt für die Transformationsforschung aber auch deshalb ein besonderes heuristisches Potenzial, weil er eng mit der Legitimitäts- und Stabilitätsfrage politischer Ordnungen verknüpft ist. Mit seiner Hilfe lassen sich systematisch die Zusammenhänge zwischen Dysfunktionen einzelner Teilbereiche und Störungen des für das Überleben des Gesamtsystems unerlässlichen Gleichgewichtszustandes feststellen.

Dem liegt die Annahme zugrunde, dass politische Systeme nur dann stabil sind, wenn die innere Konstruktion der vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Strukturen und Akteuren so angelegt ist, dass letztere zuverlässig die Aufgaben lösen können, mit denen das System seitens der Umwelt (Wirtschaft, Gesellschaft, internationale Staatenwelt etc.) konfrontiert wird. Da die Umwelt des politischen Systems ständig im Wandel begriffen ist, muss es hierzu jedoch fortwährend erhebliche Anpassungs-, Wandlungs- und Innovationsleistungen erbringen. Nur solange das politische System die Herausforderungen seiner Umwelt meistert, befindet es sich in einem dynamischen Gleichgewichtszustand mit den übrigen Teilsystemen der Gesellschaft und kann sich stabil reproduzieren.

Vor diesem Hintergrund geht die systemtheoretische Transformationsforschung der Frage nach, auf welche Weise die spezifischen Strukturen und Verfahrensweisen autokratischer und demokratischer Systeme zu ihrer Stabilisierung beitragen bzw. unter welchen (Umwelt-) Bedingungen sie ihre Stabilität untergraben und so einen Systemwechsel begünstigen. Im Hinblick auf die Transformationstheorien können in der Systemtheorie dabei vier große Stränge unterschieden werden: die unter der Bezeichnung Strukturfunktionalismus bekanntgewordene frühe soziologische Systemtheorie in der Tradition von Talcott Parsons, das Input-Output-Modell des politischen Systems nach David Easton und seine Weiterentwicklung durch Gabriel Almond und Bingham Powell, Niklas Luhmanns „autopoietische Wende“ sowie die Modernisierungstheorie. Letztere wird jedoch aufgrund der zahlreichen Vertreter und ihrer großen Bedeutung für die politikwissenschaftliche Transformationsforschung in einem eigenen Kapitel besprochen (⇒ Modernisierungstheoretische Ansätze).

2.1 Parsons' Strukturfunktionalismus¹

Die moderne soziologische Systemtheorie geht auf Talcott Parsons (1951, 1969) zurück, der das Theorem der funktionalen Differenzierung einführt. Mit diesem lässt sich die Entwicklung von traditionellen zu modernen Gesellschaften als die funktionale Ausdifferenzierung von sozialen Teilsystemen beschreiben: Ausgehend von der industriellen Revolution setzte sich die Differenzierung von Ökonomie und politischer Herrschaft, politischem System und ziviler Gesellschaft sowie die Ablösung sozialer Normen von religiösen Begründungen in den westlichen Gesellschaften durch. In diesem Differenzierungsprozess hat sich die Grundstruktur moderner Gesellschaften herausgebildet.

1 Diese Abschnitte basieren weitgehend auf Merkel (2010: 68ff.).

Im Rückgriff auf Durkheim und Weber führt Parsons' Weg in die Moderne über die Ausdifferenzierung von vier zentralen Funktionssystemen: Wirtschaft (Anpassung), Politik (Zielerreichung), soziale Gemeinschaft (Integration) und Kultur (Erhaltung von Wertmustern). Dieser Weg ist bei Parsons normativ wie geschichtlich festgelegt und trägt universellen Charakter. Nur wenn Gesellschaften bestimmte „evolutionäre Universalien“ ausbilden, argumentiert Parsons, können sie langfristig das Niveau ihrer Anpassungskapazität an die Umwelt und damit ihre eigene Existenz sichern. Zu den wichtigsten Universalien, die für moderne funktional differenzierte Gesellschaften bestandsnotwendig sind, zählt Parsons Bürokratie, Marktorganisation, universalistische Normen im Rechtssystem, demokratisches Assoziationsrecht und allgemeine freie Wahlen (vgl. Parsons 1969: 57). Fehlen zentrale evolutionäre Universalien, kann das politische System die notwendige Selektionsleistung der Reduktion ansteigender Umweltkomplexität nicht mehr erbringen. Damit untergräbt es seine Legitimität und wird instabil. Denn im Zuge ihrer Modernisierung lassen sich komplexe Gesellschaften nicht länger durch die autoritäre Oktroyierung sozialer Normen integrieren. Der moderne, demokratische Integrationsmodus basiert deshalb nicht mehr primär auf Zwang, sondern auf der reflektierten Anerkennung der Werte und ihrer Internalisierung durch die Gesellschaftsmitglieder.

Strukturwandel wird also von Parsons konsequent als Transformation der normativen Kultur definiert. Damit dieser Wandel sich auf eine höhere, d.h. modernere Gesellschaftsstufe hin entwickelt, sind demokratische Strukturen und Verfahren unverzichtbare Universalien. Denn je stärker sich eine Gesellschaft funktional ausdifferenziert, „desto wichtiger ist eine effektive politische Organisation, und zwar nicht nur hinsichtlich ihrer Verwaltungskapazität, sondern auch, und vor allem, hinsichtlich ihrer Unterstützung einer universalistischen Rechtsordnung“ (ibid.: 70). Aus dieser Perspektive ist nicht die allgemeine „Legitimierung von Macht und Herrschaft die besondere Leistung demokratischer Institutionen, sondern die Vermittlung von Konsensus über die Ausübung von Macht. Keine Institution, die sich von den demokratischen Institutionen grundlegend unterscheidet, ist zu dieser Leistung in der Lage“ (ibid.). Damit erklärt Parsons Kerninstitutionen der Demokratie für universell. Asiatische Werte oder religiös motivierte Einschränkungen dieser Werte sind aus dieser Differenzierungslogik dann vormodern und nicht akzeptierbar, wenn sie deren genuine Legitimitätslogik stören.

Parsons thematisiert die beiden entscheidenden Aspekte der Stabilität politischer Systeme: die funktionale Differenzierung der Gesellschaft und die ausreichende Legitimation der politischen Herrschaftsform durch die Gesellschaft. Die kommunistischen Herrschaftseliten der osteuropäischen Gesellschaften verweigerten, behinderten oder revidierten aber die funktionale Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Teilsysteme und ersetzten die moderne reflektierte Anerkennung der Werte durch den vormodernen Modus des Zwangs und eine konkurrenzlos verordnete Ideologie. Wirtschaft, Kultur und soziale Gemeinschaft wurden dem Diktat der Politik unterstellt, da deren autonome Entwicklung zu einer Dezentralisierung der Informations- und Machtressourcen und längerfristig zu einem politischen Kontroll- und damit Herrschaftsverlust geführt hätte. Je stärker aber autokratische Herrschaftsformen eine totalitäre politische Durchdringung der Gesellschaft realisieren, umso stärker behindern sie die funktionale Ausdifferenzierung der

gesellschaftlichen Teilsysteme. Die totalitäre Durchdringung der Gesellschaft erleichtert und perfektioniert zwar für eine bestimmte Zeit die Herrschaftskontrolle, führt dann aber bei deren partiellem Verlust nur zu einem umso fundamentalen Zusammenbruch des autokratischen Systems. Dieser Zusammenhang lässt sich insbesondere mit der theoretischen Begrifflichkeit der neueren autopoietischen Systemtheorie erhellen.

2.2 Das Input-Output-Modell des politischen Systems

Unter welchen Bedingungen politische Systeme die Herausforderungen ihrer Umwelt meistern und sich erfolgreich reproduzieren, lässt sich besonders gut mit dem Input-Output-Modell von David Easton (1965, 1979) und seiner Weiterentwicklung durch Gabriel Almond und Bingham Powell (1988) untersuchen (s. Abb. 1).

Da das politische System in einem dynamischen Austauschverhältnis mit der Gesellschaft steht, die zugleich Teil seiner Umwelt ist, benötigt es zum Überleben stets einen hinreichenden Input an Massenloyalität und -unterstützung. Passive und aktive Unterstützungsleistungen der Bürger (*supports*) sind demnach die unverzichtbaren Ressourcen, die das politische System benötigt, um die aus der Umwelt kommenden Forderungen (*demands*) in politische Entscheidungen umzuwandeln und zu implementieren (*outputs*). Der erforderliche Umwandlungs- und Durchsetzungsprozess lässt sich dabei über vier ineinandergreifende Prozessfunktionen erfassen: Interessenartikulation, Interessenaggregation, Politikformulierung (*policy-making*) sowie Politikimplementierung und mögliche verfassungsrechtliche Normenkontrolle oder verwaltungsgerichtliche Überprüfung staatlicher Maßnahmen. Gestützt werden diese zentralen Prozessfunktionen von den übergeordneten Systemfunktionen der Sozialisierung, Elitenrekrutierung und gesellschaftlichen Kommunikation, die erheblichen Einfluss auf die Effizienz, Transparenz, Legitimität und damit die Stabilität des politischen Systems haben.

Aus dem Zusammenspiel der Prozessfunktionen geht der Output des politischen Systems hervor. Laut Easton (1965: 57) besteht er in der „autoritativen Allokation von Werten“, d. h. hoheitlich durchgesetzten politischen Entscheidungen wie Gesetzen, Erlassen und Verordnungen. Diese inhaltlich vielfältigen Entscheidungen lassen sich mit Almond und Powell (1988: 12ff.) zu den drei fundamentalen (Policy-)Funktionen *extraction*, *regulation* und *distribution* zusammenfassen. *Extraction* bezieht sich auf die Fähigkeit des politischen Systems, die notwendigen materiellen Ressourcen aus der Gesellschaft zu ziehen, die es zur Bewältigung seiner Aufgaben benötigt. Sie erfolgt in erster Linie über die Erhebung von Steuern. *Regulation* hingegen meint die Regelung des Verhaltens der Bürger im Hinblick auf die Beziehungen untereinander und ihr Verhältnis zu den politischen Institutionen. *Distribution* schließlich bezeichnet die Verteilung von materiellen Gütern, Dienstleistungen, Status und Lebenschancen innerhalb einer Gesellschaft.

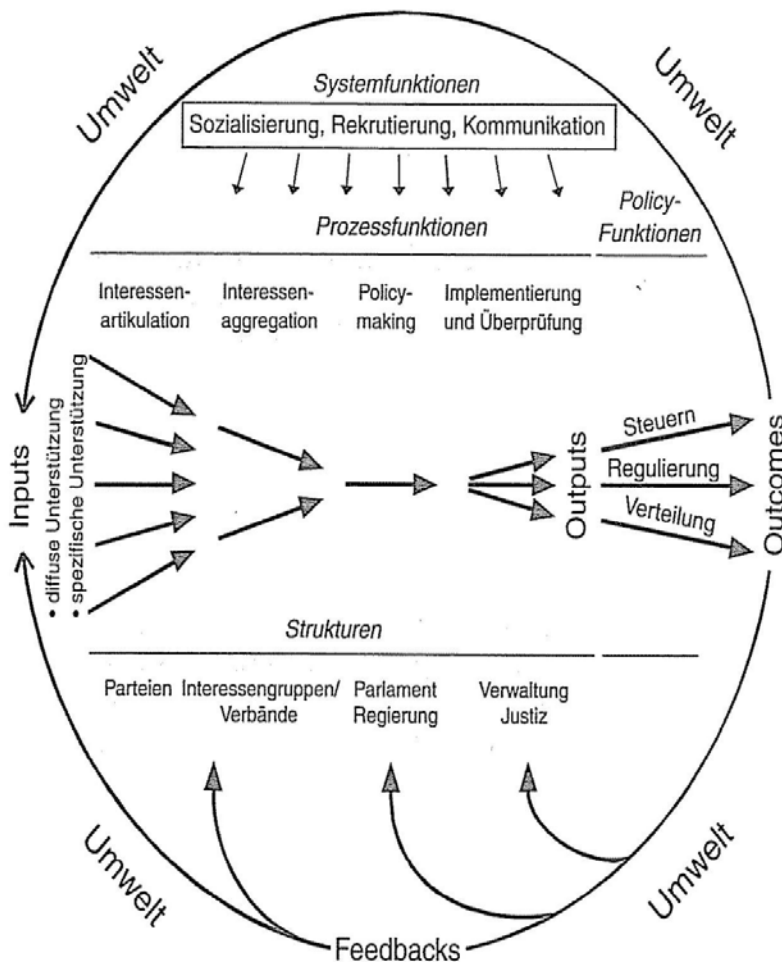


Abb. 1 Das Input-Output-Modell des politischen Systems

Quelle: Merkel (2010: 56) nach: Almond/Powell (1988).

Output (bindende Entscheidungen, häufig Gesetze) bzw. *outcome* (die materiellen Politikergebnisse) und *input* sind durch einen Rückkopplungsmechanismus miteinander verbunden. Kommt es aufgrund von Funktionskrisen bestimmter Komponenten des politischen Systems zu einem für weite Teile der Bevölkerung unbefriedigenden *output* bzw. *outcome*, nimmt daher früher oder später auch der notwendige *input* an systemstabilisierender aktiver Unterstützung und passiver Loyalität ab. Dabei muss nach Easton (1979: 267ff.) stets zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung unterschieden werden. Die *spezifische* (oder *utilitaristische*) *Unterstützung* reagiert unmittelbar auf die von der Bevölkerung wahrgenommenen Leistungsergebnisse des politischen Systems und seiner Herrschaftsträger. Sie hängt deshalb vor allem davon ab, in welchem Ausmaß die Bürger

ihre materielle Wohlfahrt und Sicherheit gewährleistet sehen. Die *diffuse* (oder *affektive*) *Unterstützung* hingegen ist (zumindest kurzfristig) relativ unabhängig von konkreten Leistungsergebnissen. Sie bezieht sich stattdessen auf die Fundamente der politischen Ordnung und spiegelt ihre grundsätzliche Anerkennung und Legitimität in der Bevölkerung wider.

Schwächen in der diffusen oder spezifischen Legitimitätsquelle können in der Regel für eine gewisse Zeit untereinander kompensiert werden. So kann eine verminderte Leistungsergebnisse des politischen Systems (spezifische Unterstützung) unter Umständen durch die grundsätzliche Akzeptanz seiner Normen, Strukturen und Verfahren (diffuse Unterstützung) seitens der Bürger ausgeglichen werden. Umgekehrt kann aber auch ein Mangel an diffuser Unterstützung zeitweise durch eine gute Leistungsbilanz des politischen Systems kompensiert werden. Mangelt es dem politischen System hingegen chronisch an spezifischer und diffuser Unterstützung, kann es seine Funktionen nicht mehr ausreichend erfüllen und wird instabil.

Versuchen die Regierenden die fehlende Unterstützung oder insbesondere Proteste ihrer Bürger in dieser Situation durch ein zunehmendes Maß an Repression zu ersetzen, wie dies regelmäßig in Autokratien erfolgt, ist der zu erwartende Effekt bestenfalls eine zeitweilige Herrschaftsstabilisierung. Denn nach der Logik des Input-Output-Modells wird die repressive Ausschaltung oppositioneller Bestrebungen stets mit dem längerfristigen Effekt einer kontinuierlichen Erosion der ideologischen Legitimitätsgrundlagen und der Ablehnung des Systems durch eine wachsende Zahl der Bürger erkauft. Die aus diesen systemtheoretischen Überlegungen gewonnene grundsätzliche These lautet daher: Aufgrund ihrer inneren Konstruktion und höheren Fähigkeit, systemrelevante Informationen zu prozessieren und Unterstützung in der Bevölkerung zu mobilisieren, sind Demokratien längerfristig stabiler als Autokratien. Dies gilt zumindest, wenn Demokratien sich einmal konsolidiert und ein gehobenes sozioökonomisches Entwicklungsniveau erreicht haben (Przeworski/Alvarez et al. 1996: 39ff.).

Anders als autokratische Systeme haben Demokratien einen Feedbackmechanismus institutionalisiert, der sie in erheblichem Maße zu kontinuierlichen Lernprozessen zwingt. Demokratisch gewählte Regierungen, die von den Wählern geforderte Güter wie innere und äußere Sicherheit, wirtschaftliche Prosperität, soziale Sicherheit oder gesellschaftliche Integration nicht in ausreichendem Maße produzieren, laufen Gefahr, abgewählt zu werden. Dies zwingt die amtierenden Regierungen, sich immer wieder an die geänderten Umweltbedingungen anzupassen und neue, effizientere Lösungsansätze zu entwickeln. Scheitern sie und bietet die Opposition ihrerseits attraktivere Lösungsvorschläge für die lebens- und zukunfts wichtigen Fragen der Individuen und Gesellschaft, wird die amtierende Regierung abgewählt. Mit den Wahlen ist somit ein Konkurrenzmechanismus im politischen System installiert, der den regierenden Eliten systemrelevante Informationen liefert und zur Flexibilität, Adaption und Innovation zwingt. Vor allem ist die Institution der Wahlen ein sensibles Frühwarnsystem für die Regierenden, sich mit ihrer Politik nicht zu weit von den Wünschen der Regierten zu entfernen.

Da Autokratien über keinen derart effektiven Rückkopplungsmechanismus mit der Gesellschaft verfügen, verlieren sie die Fähigkeit, die Selbstgefährdung des politischen Systems überhaupt zu erkennen. Geheimdienste, wie monströs sie auch ausgebaut sein

mögen, können das Meldesystem freier Wahlen nicht ersetzen. Denn die Informationen der Geheimdienste führen im Gegensatz zu Wahlen nicht zu eventuellen Sanktionen der Regierenden (Abwahl), sondern immer nur zu Sanktionen gegenüber den Regierten. Wenn aber Wahlen abgeschafft und auch die letzten Reste von Systemopposition liquidiert oder mundtot gemacht sind, wie in der Sowjetunion Josef Stalins nach 1929 oder im nationalsozialistischen Deutschland mit Einführung des Führerabsolutismus im Jahr 1934, wird die systemische Lernträgheit zur Lernunfähigkeit.

In autokratischen Systemen fehlt aber nicht nur das Institut der freien Wahlen als integrierter Lernmechanismus. Auch die im Zuge der Modernisierung entstandene funktionale Differenzierung der Gesellschaft in spezialisierte Teilsysteme wird eingefroren oder zurückgedreht. Das politische System erhebt sich mit repressiven Mitteln in die Position eines dominant übergeordneten Kommandosystems und greift tief in die nach internen Logiken funktionierenden Teilbereiche der Wirtschaft, des Rechts, der Wissenschaft oder der Kultur ein. Je weiter politische Regime auf dem Kontinuum von idealer Demokratie und vollendetem Totalitarismus zum totalitären Pol tendieren, umso tiefer sind diese Eingriffe. Als Folge legen sich effizienzmindernde politische Imperative über die gesellschaftlichen Teilsysteme Wirtschaft, Recht und Wissenschaft, deren Kommunikations- und Effizienzmechanismen sich im Verlaufe der funktionalen Differenzierung herausgebildet haben. Die für die autokratischen Herrschaftsordnungen dysfunktionalen Folgen einer solchen funktionalen Entdifferenzierung der Gesellschaft wurden vor allem von Niklas Luhmanns autopoietischer Systemtheorie herausgearbeitet.

2.3 Die autopoietische Systemtheorie Luhmanns

Schon Parsons (1969: 70) hat die Prognose gestellt, „dass sich die kommunistische Gesellschaftsformation als instabil erweisen wird und entweder Anpassungen in Richtung auf die Wahlrechtsdemokratie und ein pluralistisches Parteiensystem machen, oder in weniger entwickelte und politisch weniger effektive Organisationsformen regredieren wird“. Luhmann (1984, 1986, 1987, 2000) radikalisiert das Theorem der funktionalen Differenzierung von Parsons. Er hält Parsons' Vorstellungen der hierarchischen Position des politischen Systems über die anderen gesellschaftlichen Teilsysteme für eine Illusion. Denn Theorien, so Luhmann (1986: 203), „die immer noch von einer Spitze oder einem Zentrum ausgehen“, verkennen die Tatsache, dass mit dem Übergang von der stratifikatorischen zur funktionalen Differenzierung auch die Möglichkeit einer den gesellschaftlichen Teilsystemen übergeordneten politischen Steuerungsinstanz obsolet geworden ist. Für Luhmann gilt: „Kein Funktionssystem kann für ein anderes einspringen; keines kann ein anderes ersetzen oder auch nur entlasten“ (ibid.: 207). Dies gilt auch für das politische System gegenüber den Teilsystemen der Wirtschaft, der Religion und dem Recht. Nach Luhmann bilden die Teilsysteme einen voneinander grundsätzlich verschiedenen basalen Kommunikationscode aus. Dieser wirkt wie eine natürliche Autonomiesicherung, die ihn gegen effizienzmindernde Übergriffe anderer Codes (z.B. jenem des politischen Systems) zumindest teilweise abschottet. Werden solche politisch oder auch religiös motivierten

Übergriffe dennoch massiv und repressiv erzwungen, wie etwa in den kommunistischen Systemen oder im Iran der Scharia und im Afghanistan der Taliban, müssen diese Substitutionsversuche mit „Entdifferenzierung, d.h. mit Verzicht auf die Vorteile der funktionalen Ausdifferenzierung bezahlt werden“ (ibid.).

Bezieht man Luhmanns Argumentation auf das Kontinuum politischer Systemformen, lässt sich folgende These formulieren: Je weiter politische Regime auf dem Kontinuum von idealer Demokratie und vollendetem Totalitarismus zum totalitären Pol tendieren, umso mehr legen sich politische Funktionsimperative über die teilsystemischen spezialisierten Codes, verhindern deren Übersetzung in Programme und hemmen damit die für die Effizienzsteigerung notwendige weitere funktionale Differenzierung gesellschaftlicher Teilsysteme wie dem Wirtschafts-, Rechts- und Wissenschaftssystem. Erstreckt sich ein solcher politischer Oktroi über längere Zeitperioden vor allem auf das Teilsystem der Wirtschaft, führt dies zur Effizienzmindering, zur Regression ökonomischer Wohlfahrtsentwicklung und damit zu weiteren Legitimationsverlusten autoritärer politischer Systeme. In der systemtheoretischen Begrifflichkeit der Autopoiesis heißt dies, dass der auf Zahlungen beruhende Code, der allein eine ökonomische Rationalität im Umgang mit knappen Gütern garantiert, geknackt und von einem der Herrschaftssicherung und dem kommunistischen Gesellschaftsmodell verpflichteten politischen Code überlagert wurde. Dies hat der Soziologe Detlef Pollack (1990) überzeugend in seiner systemtheoretischen Analyse des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR aufgezeigt.

Die Struktur dieser Argumentation lässt sich auf alle Systeme des einst realexistierenden Sozialismus beziehen. In ihnen wurden Wirtschaftlichkeit, Wissenschaftlichkeit, Gesetzlichkeit und Fachkompetenz der Dominanz des allgegenwärtigen politischen Codes von sozialistisch/nichtsozialistisch unterstellt, soweit dies administrativ wie repressiv nötig und möglich war. Es war die große Illusion der kommunistischen Herrschaftseliten zu glauben, der von ihnen kontrollierte kommunistische Leviathan könne genügend Informationen sammeln, verarbeiten und hinreichend komplex planen, um die optimale Selektionsleistung den gesellschaftlichen Teilsystemen von außen und von oben her politisch zu verordnen. Diese Illusion scheiterte schon daran, dass sich die funktionale Ausdifferenzierung in den gesellschaftlichen Teilsystemen „schneller, dynamischer und umwälzender“ vollzieht „als im staatlich-administrativen Bereich“ (Willke 1988: 286). Mit der künstlichen und gewaltsamen Installierung des Staates als allzuständige Spitze der Gesellschaft wurden deren Teilsysteme zu eng an die Politik gekoppelt. Effizienzverluste und Funktionskrisen in den Teilsystemen, insbesondere der Wirtschaft, schlugen deshalb direkt auf das politische System durch. Nach dem Freiheitsverlust ging auch die Garantie einer ausreichenden und ansteigenden materiellen Versorgung verloren. Als diese Stagnation immer deutlicher wurde, minderte dies die Anpassungsbereitschaft der Bevölkerung an das kommunistische Herrschaftssystem. „Das System wurde also durch dieselben Widersprüche geschwächt, deren Institutionalisierung es jahrzehntelang stabilisierte. Insofern führte gerade die Stabilisierung des in sich geschlossenen Systems zu seiner Destabilisierung, zu einer Art innerer Aushöhlung“ (Pollack 1990: 296).

Das zentrale Argument der Systemtheorie heißt also: Wird die funktionale Differenzierung der gesellschaftlichen Teilsysteme blockiert und verhindert, führt dies längerfristig zu

Handbuch Transformationsforschung

Kollmorgen, R.; Merkel, W.; Wagener, H.-J. (Hrsg.)

2015, X, 789 S. 10 Abb., Hardcover

ISBN: 978-3-658-05347-5